

Lodzer

Volkszeitung

Nr. 258. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. In den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 5.—, wöchentlich Zl. 1.25; Ausland: monatlich Zl. 8.—, jährlich Zl. 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 35 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Bettrauer 109
hof, Unt.
Telephon 36-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30 bis 3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengepaaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigeapaaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeig aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

7. Jahrg.

Die „Deutsche Sanacia“.

Wir haben in Kongresspolen drei deutsche Gruppen, die sich in politischer wie auch in wirtschaftlicher Beziehung voneinander mehr oder weniger unterscheiden. Die zahlreichste dieser Gruppen, diejenige der Werktätigen, hat bereits heute in verschiedenen größeren und kleineren Stadtverwaltungen gebührenden Einfluß gewonnen, ist aber in den Landesparlamenten infolge des geltenden Wahlmodus zu schwach vertreten. Diese aktivste deutsche Gruppe, organisiert im Rahmen der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens, führt ihre politischen und wirtschaftlichen Kämpfe in enger Verbindung mit der polnischen Linken, insbesondere aber mit den sozialistischen Parteien und hat bereits eine stattliche Anzahl von praktischen Erfolgen für die deutsche Bevölkerung aufzuweisen. In den Kulturfragen, wie in den Minderheitsfragen überhaupt, genießt sie die Unterstützung der sozialistischen Parteien Polens, wie sie überhaupt den Standpunkt vertritt, daß nur eine Völkervereinigung in Polen den Minderheiten und vor allem den Deutschen, eine volle Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Gleichberechtigung und die Kulturautonomie bringen kann. Dafür spricht schon die Tatsache, daß von allen polnischen Parteien nur die Sozialistische Partei die Anerkennung der deutschen Forderungen durch die Einreichung entsprechender Anträge im Sejm ausgesprochen hat.

Die zweite größere Gruppe ist die der deutschbürgerlichen Politiker. Die politische Tätigkeit dieser Gruppe ist trotz einer verhältnismäßig starken Vertretung im Sejm und im Senat, die sie nur der Blockierung mit anderen Minderheitsparteien bei Wahlen verdankt, eine sehr geringe, ohne eigene Initiative, ohne bestimmten Charakter in allgemeinen, politischen und wirtschaftlichen Fragen. Die politische und wirtschaftliche Betätigung dieser Gruppe außerhalb des Sejms ist gleich Null.

Um die „Neue Lodzer Zeitung“ läuft auch ein Zukunftsgrippe umher, zahlenmäßig kaum nennenswert, aber doch irgendwie vorhanden. Als deutsche Gruppe kommt sie kaum in Betracht, denn von Befreiung deutscher Belange kann bei ihr nicht die Rede sein.

Diese „Neue Lodzer Zeitung“ dürfte unentwegt als die „Gruppe der ewig regierungstreuen und geschäftstüchtigen“ bezeichnet werden. Sie war russenfreundlich zur Zeiten der Regierung, sie war regierungstreu zur Witzenbergzeit und ist auch jetzt der Nachkriegsregierung treu. Sie ist auch heute so treu, daß sie aus purer Liebedienerei in fast unflätiger Weise über alles herfällt, was sich dem heutigen Regime Nr. 257 in einem Aufsatz „Das war wirklich nicht nötig“ rümpfend entgegenstellt. So in der Freitagausgabe.

Der Artikel beginnt mit einer kleinen politischen Unrichtigkeit. Er beginnt mit den Worten „Als Herr Switalski den Vorsitz in der Regierung übernahm“. Es sollte doch wohl heißen: Als Herr Switalski als Ministerpräsident in die Regierung abkommandiert wurde.

Also, was ist es mit Herrn Switalski? Die „N. L. Ztg.“ schreibt: Gleich nach seiner Rückkehr bot er den Führern der Sejmparteien bzw. der Opposition die Hand zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Staates. Er lud die Parteien zu einer Konferenz ein, in der der Plan einer künftigen Zusammenarbeit auf parlamentarischem Boden in großen Zügen festgelegt werden sollte.

Woher weiß der Artikelschreiber, was Herr Switalski mit den Führern der Sejmparteien vorhatte? Es ist doch kaum anzunehmen, daß der Ministerpräsident ausgerechnet dem Herrn B. v. S., wie der Artikelschreiber zeichnet, Mitteilungen gemacht hat, die er anderen vorenthielt. Die Regierung selbst spricht nur von einer Beratung über Budgetfragen. Die „N. L. Ztg.“ aber weiß von einem Plan künftiger Zusammenarbeit in großen Zügen. Wie kann man die Tinte so voll nehmen! Der Leser hat doch wohl das Recht auf eine genauere Information. Die Sejmopposition wußte aber, nach bereits gemachten Erfahrungen, wie solche Konferenzen zu werten sind, besonders wenn sie im Stile des Marschalls Pilsudski geführt werden. Die „N. L. Ztg.“ sagt ihren Lesern jedoch nicht, daß die Konferenz eben durch die Anwesenheit des Marschalls besonderes Gepräge erwarten ließ.

Das besagte Blättchen schreibt weiter: „Die Führer der oppositionellen Parteien haben hier einmal wieder bewiesen, daß es ihnen in erster Linie nicht auf das Wohl des Staates, sondern auf ebenso egoistische wie kurzfristige parteipolitische Zwecke ankommt. Sie hinter schein-

Die Verfassungsänderung.

Der Regierungsbund will sich mit den übrigen Sejmparteien über die Verfassungsfrage „verständigen“.

Nachdem die Konferenz der Regierung mit den Führern der Sejmparteien, die sich mit den Fragen des Budgets befassen sollte, durch Ablehnung der Beteiligung seitens der Sejmopposition nicht zustande gekommen ist, hat der Vorsitzende des Regierungsbundes, Oberst Slawet, eine Einladung an die Sejmparteien ergehen lassen, in der er diese zu einer gemeinsamen Beratung einladet. Die Beratung soll in der Zeit zwischen dem 23. und dem 30. September stattfinden. Gegenstand der Beratung soll die Verfassungsfrage bilden. Bekanntlich liegen im Sejm zwei Entwürfe über die Abänderung der Verfassung. Der eine Entwurf wurde durch den Regierungsbund eingereicht und strebt eine Erweiterung der Befugnisse des Staatspräsidenten an. Der zweite Entwurf wurde von den drei Linksparteien, P.P.S., Byzwolentia und Partja Chlopska, eingereicht und sieht eine Erweiterung der Volksrechte und der Rechte des Sejms vor. Die Einladung des Obersten Slawet befaßt nun, daß die von ihm vorgeschlagene Beratung, die Geschäftsordnung, laut welcher diese Entwürfe in der nächsten Sejm-session behandelt werden sollen, festsetzen soll.

Auch dieser Konferenzvorschlag hat wenig Aussicht auf Verwirklichung. Die Mehrheit des Sejms wird sich kaum die Initiative für die Tätigkeit des Landesparlamentes von der Partei nehmen lassen, die es sich zur Aufgabe stellte, die bisherigen verfassungsmäßigen Rechte des Sejms zu schmälern. Auf alle Fälle macht sich nun nach der letzten moralischen Niederlage, die die Regierung erlitten hat, in den ihr nahestehenden Kreisen wie bei der Regierung selbst, eine rege Tätigkeit bemerkbar. Man möchte die Scharte irgendwie auswehen, am leichtesten dadurch, daß man die Oppositionsparteien vor der Öffentlichkeit als diejenigen hinstellt, die keine Zusammenarbeit und keine Verständigung wollen. Man glaubt, daß die Öffentlichkeit es schon vergessen hat, daß es die Regierung und ihre Partei gewesen sind, die durch Mißachtung der Volksvertretung eine Zusammenarbeit und eine Verständigung unmöglich gemacht haben. Aus der Vergeßlichkeit des Volkes will man dann die Mittel gewinnen, um gegen den Sejm weiter vorzugehen. Die Lage des Landes ist aber wirtschaftlich und politisch derart schlimm, daß die Urheber dieser Lage auf die Vergeßlichkeit des Volkes kaum rechnen können.

Finanzminister Matuszewski zum Budget.

Der Finanzminister Matuszewski hat gestern in einer Unterredung den Vertretern der Presse folgende Erklärungen, betreffend des neuen Staatsbudgets, erteilt:

Einleitend sagte der Finanzminister, daß das neue Staatsbudget die Ziffer des alten Budgets nicht übersteigen wird, da eine Erhöhung der Steuerlasten unmöglich sei. Die Regierung werde vom Grundsatz geleitet, daß sämtliche Investitionen nur aus den Ersparnissen in den vorgesehenen Ausgaben unternommen werden können. Der Stand an Beamten soll in keinem der Regierungsämter erhöht werden. In einigen Ressorts soll eine Personalverminderung eintreten. Das neue Staatsbudget ist in allen Einzelheiten so gründlich bearbeitet worden, daß er, der Finanzminister, allen Angriffen im Sejm gewachsen zu sein glaube.

Also keine Investitionen im neuen Budgetjahr. Das

heißt, kein Ausbau der Städte, der Wege, des Bahnnetzes. Also keine Arbeit für mehrere hunderttausend Hände. Dennoch befürchtet der Finanzminister die Angriffe des Sejms gegen das Budget nicht. Ist das vielleicht so zu verstehen, daß unsere Minister überhaupt nichts zu fürchten brauchen?

Ein neuer Pilsudtibrief.

In den Sonntagsblättern soll ein neuer Brief des Marschalls Pilsudski zur Veröffentlichung gelangen, der zu der gegenwärtigen Situation in Polen Stellung nimmt.

Die Briefe des Marschalls wie seine Reden haben bei uns eine eigentümliche Bekanntheit erlangt. Wenn sie auch nicht immer eine Klärung der Verhältnisse brachten, so waren sie stets durch die „Eigenart des Stils“ ausgezeichnet.

gen Vorwänden verschanzend, bot sich ihnen einen Gegenstand, der Regierung einen Dief zu versehen und so dem von ihnen bekämpften Pilsudski-Regime einen Prestigeverlust zuzufügen.

Nach Herrn B. v. S. hätten also die sieben polnischen Parteien bewiesen, daß es ihnen nicht auf das Wohl des Staates ankommt, sondern auf parteipolitische Zwecke. Wir sind der Meinung, daß eine jede Partei den Willen eines bestimmten Teiles der Bürgerchaft, die sich zu ihr bekennt, ausdrückt. Es fällt uns nicht ein, die Bürgerchaft und die von ihr gewählten Parteien als staatsfeindlich zu betrachten. Man kann darüber streiten, welche der Parteien dem Staate am besten dient, aber eine Unterwerfung ist es, der Mehrheit des Sejms vorzuwerfen, daß sie nicht das Wohl des Staates will, wenn sie Beschimpfungen aus dem Wege geht und wenn sie sich von der Regierung nicht vorschreiben lassen will, was als Wohl des Staates zu betrachten wäre. Nach der „N. L. Ztg.“ wollte man der Regierung einen Prestigeverlust zufügen. Gewiß, das wollte man und das hat man auch erreicht, zum großen Schmerz der notorischen Regierungssprecherin, genannt „Neue Lodzer Zeitung“.

Wenn der Ausdruck Speichelleckerei etwas streng erscheinen soll, lese die weiteren Auslassungen der „Neuen Lodzer Zeitung“: „Was hat eigentlich bisher die Opposition mit ihrem nun schon seit Jahr und Tag geführten Kampf mit der Regierung erreicht? Sie hat dadurch wohl das Tempo des von Pilsudski und seinen Mitarbeitern erstrebten gewaltigen Wiederaufbaus des Landes verlangsamt und ihr unerbittliches Vorgehen ist es auch, wenn das

große Werk bis heute noch nicht endgültig durchgeführt werden konnte, — doch niemals vermochte sie durch diesen Kampf das Pilsudski-Regime selbst von dem hohen Ziel der Sanierung abzubringen.“

Den Lesern der „N. L. Ztg.“ muß es während des Sanierungsregimes glänzend ergangen sein. Sollte das nicht der Fall sein, sollten sie unter Arbeitslosigkeit, Geldmangel, hoffnungslosen Geschäftszug und anderen Unannehmlichkeiten des gegenwärtigen Regimes ebenso wie alle anderen Bürger Polens leiden, sollten sie ebensowenig Gefallen haben an der Militarisation des Staates, an der Benachteiligung der Minderheiten, so werden sie die „N. L. Ztg.“ eine entsprechende Antwort zu geben wissen.

Herr B. v. S. spricht endlich von Wolken, die sich am politischen Horizont zusammenziehen und ähnlichen Weisheiten. Er vergißt, daß die Wolken schon längst über Polen zusammengezogen sind, daß schon mancher Platzregen niedergegangen und diverse Blitze eingeschlagen haben. Wir stehen heute als mitgedröhrt, rückständiger Staat da. Um uns ganz in die Vorzeit moderner Staatlichkeit zu stürzen, braucht es nur einer dokumentarischen offiziellen Festlegung dessen, was bereits besteht. Diktatur oder parodistische Demokratie sind beide nicht länger zu ertragen. Die Gesellschaft wird um Klarheit kämpfen müssen. Für die „N. L. Ztg.“ bleiben sich die Dinge gleich. Sie war zur Zeiten der Regierung und auch seither stets regierungstreu, sie hat stets demjenigen geschmeichelt, der die Macht besaß. Sie wird auch den Gewaltigen der Zukunft sie auch sein mögen, schmeicheln. Das ist Grundsat und einziges Prinzip.

„Man kann nichts voraussehen“.

Prof. Bartel über die politische Lage Polens.

Polnische Blätter drucken eine Unterredung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Prof. Bartel ab, die dieser einem Lemberger Blatte gewährt hat. Was die innerpolitische Lage Polens anbelangt, so erklärte Prof. Bartel, daß man nichts voraussehen könne, da der Sejm untätig ist. Ueber die allgemeinen politischen Fragen orientiere er sich jedoch nicht, da er seit seiner Abreise aus Polen keine genaue Nachrichten über die Entwicklung der Dinge erhalten habe. Die letzten Phasen der Innenpolitik Polens seien jedoch bedeutende Ereignisse für die Gegenwart und vielleicht auch für die Zukunft. Auf die Frage „Was weiter?“ gab Prof. Bartel die Antwort, daß in dem Leben eines Volkes und eines Landes sehr oft der Zufall eine gewichtige Rolle spiele. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Polens erachtet Bartel als nicht schlecht; die Lebensbedingungen seien in Polen im Vergleich mit dem Auslande sogar sehr gut (!).

Weshalb Waldemaras abgesetzt wurde.

R o w n o, 20. September. Obwohl über die Ursachen, die zum Rücktritt des Kabinetts Waldemaras geführt haben, in amtlichen Kreisen noch strengstes Stillschweigen bewahrt wird, gewinnt doch die Annahme, daß der Anlaß zur Regierungskrise in einem Konflikt innerhalb des Kabinetts zu suchen ist, immer mehr an Boden. Besonders stark scheinen die Gegensätze zwischen dem Innenminister und Waldemaras zu sein. Da eine Ueberbrückung der Gegensätze nicht möglich gewesen ist, hat der Staatspräsident von seinem verfassungsmäßigen Recht der Auflösung der Regierung Gebrauch gemacht. In gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß der mit der Neubildung beauftragte Finanzminister Lubelski das Ministerpräsidium übernehmen wird. Am meisten interessiert natürlich die Frage, ob Waldemaras dem neuen Kabinett angehören werde. Es verläutet, daß ihr der Posten des Außenministers angeboten worden sei. Im übrigen wird damit geredet, daß ein Teil der bisherigen Minister im Kabinett verbleibt und daß der bisherige Kurs beibehalten wird.

R o w n o, 20. September. Die volkssozialistische „Cietakowski's" gab am Freitag nachmittag ein Extrablatt heraus, das aufsehenerregende Erklärungen des Ministerpräsidenten Waldemaras gegenüber dem Vertreter des Blattes enthält. Waldemaras erwiderte auf die Frage, ob er in dem neuen Kabinett einen Ministerposten übernehmen werde: „Ich muß auf das Entschiedenste erklären, daß ich fortan keinerlei staatliche Dienste, sei es im In- oder Auslande, übernehmen werde. Diese meine Haltung ist unumstößlich.“ Auf die Frage, was er in Zukunft zu tun gedenke, erklärte der frühere Ministerpräsident, er muß sich zunächst nach einer anderen Wohnung umsehen.

Die Verfassungskrise in Oesterreich.

W i e n, 20. September. In allen politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, zum Teil sogar mit sehr großer Wahrscheinlichkeit, einer nahe bevorstehenden Regierungskrise in Oesterreich. Anlaß dazu könnte sich schon in den nächsten Tagen, insolge der bekannten Schwierigkeiten innerhalb der Christlich-sozialen Partei, finden. Mit einiger Spannung wird die Vorstandssitzung der Wiener Christlich-sozialen Parteiorganisation, die unter dem Vorsitz des Arbeiterführers Kunschak geleitet wird, erwartet. Man muß damit rechnen, daß Kunschak ebenso wie auf der Reichstagsung der christlichen Gewerkschaften seine scharfe Oppositionsstellung gegen die Heimwehren und damit gegen einen Teil der eigenen Partei beibehalten und vielleicht noch stärker unterstreichen wird. Dies kann auch für die Regierung nicht gleichgültig sein, die doch durch den Verfassungsentwurf leicht zwischen zwei Feuer geraten könnte.

Es steht demnach jetzt noch nicht fest, welche Männer zu der künftigen Regierung zugelassen werden könnten. Wie bekannt, stellt die Sozialdemokratie weitgehende Zugeständnisse zu der Verfassungsfrage in Aussicht. Die ihr im allgemeinen nahestehende „Mittagszeitung“ „Die Stunde“, die bereits den Verfassungsentwurf des Landbundes als erörterungsfähig zu bezeichnen scheint, gibt das bekannt. Die Heimwehren vermeiden jede Art von Kundgebungen, die als Drohung ausgelegt werden könnten. Die bevorstehenden Kundgebungen werden zweifellos ruhig verlaufen und kaum irgendwelche Ueberraschungen bringen. Die Ereignisse sind bis auf weiteres in das Parlament verlegt worden.

W i e n, 20. September. Im Ministerrat am Freitag wurde einstimmig beschlossen, über die Verfassungsreform in der nächsten Sitzung des Nationalrates am Donnerstag, den 26. September, einzubringen.

Der naive Schober.

W i e n, 20. September. Polizeipräsident Schober erklärte am Freitag dem Herausgeber einer Wiener Korrespondenz u. a.: Er bedauere es sehr, daß in den Berichten einzelner auswärtiger Blätter Sensationsgerüchte über Oesterreich aufstauten, wie das zum Beispiel vor einigen Tagen in einem großen englischen Blatt der Fall war. Dieses Blatt habe von dem bevorstehenden Ausbruch einer Revolution in Oesterreich gesprochen, weil die „Wiener Reichspost“ geschrieben hatte, daß der Bundespräsident den Nationalrat auch in einem anderen Ort außerhalb Wiens einberufen könne. Das stehe in der Verfassung. Das betreffende Wiener Blatt habe diese Feststellung vorgenommen, weil ein sozialdemokratischer Redner von der Mög-

Folgenschwerer Brand in einem Nachtklub

17 Personen verbrannt. — Noch mehr Todesopfer zu erwarten.

New York, 20. September. In einem stark besuchten Nachtklub in Detroit brach ein Brand aus, bei dem 17 Menschen den Tod in den Flammen fanden. Es entstand eine große Panik. Ein Teil der vom Feuer Ueberraschten versuchte durch die Fenster zu springen, da die Ausgänge bereits von den anderen ins Freie dringenden Menschen versperrt waren. Außer den 17 Toten haben viele lebensgefährliche Brandwunden davongetragen.

New York, 20. September. Wie aus Detroit ergänzend gemeldet wird, sind bei dem Klubbrand 10 Männer und 7 Frauen ums Leben gekommen. Die bestürzte Menge zerteilte ein Fenster, den einzigen Ausweg, der ins Freie führte. Einige konnten sich aus dem Fenster stürzen, während die im-

mer mehr nachdrückende Menge viele zu Boden riß und zertrat. Viele Leute wurden von zum Ausgang drängenden Personen, deren Kleider bereits Feuer gefangen hatten, schwer verletzt. Die Feuerwehr hielt Sprungladder und Netze auf der Straße auf und rettete dadurch viele aus dem Wirrwarr der unbeschreiblichen Schreckensszenen. Die Feststellung der Personals der Opfer ist äußerst schwierig, da sehr viele bis zur Unkenntlichkeit verbrannt sind. Nach Aussagen der Ärzte und der Krankenschwestern werden von den ins Krankenhaus eingelieferten Verletzten nicht viele am Leben erhalten werden können. Die Feuerwehren und Hilfsmannschaften, die sich mit Gewalt einen Zugang zum Lokal gesichert hatten, fanden in der Garderobe des 2. Stockwerkes 25 Personen bewußlos vor, die dort Zuflucht gesucht hatten, weil alle Treppenaugänge durch Flammen versperrt waren.

lichkeit eines sozialdemokratischen Drucks auf die Gesetzgebung gesprochen haben soll. Das sei kein Anlaß, so erklärte Schober weiter, von einer bevorstehenden Revolution zu sprechen. Er könne nur noch einmal sagen, daß die staatlichen Machtmittel in Oesterreich ihrer Zahl und ihrer Ausrüstung nach jeder Möglichkeit gemessen seien. Sie würden jeden Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, energisch zurückweisen, ganz gleich, von welcher Seite der Versuch unternommen werden sollte.

Die Machtmittel Schobers sind der Wiener Arbeiterschaft aus der Juli-Schlacht 1927 zur Genüge bekannt. Sie wird sicherlich in den eigenen Organisationen zuverlässige Machtmittel zur Wahrung der Demokratie besitzen. (D. Red.)

Neue Drohung der Heimwehren.

W i e n, 20. September. In einer Verlautbarung erklärt die Pressestelle des Heimatbundes, daß die Heimwehr ihre ganze Macht einsetzen werde, um eine halbe Lösung der Verfassungsreform zu verhindern. Ihre Forderung gipfelle in dem Verlangen nach einer Verfassung, die zugleich den „vaterländischen Wünschen“ und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der bodenständigen Bevölkerung entspreche. Ein Teil dieser Forderungen sei in den bisherigen programmatischen Kundgebungen der verschiedenen Parteien und Verbände enthalten, sie seien jedoch längst nicht weitgehend genug. Die Heimwehr wünsche eine ganze Reform und eine ganze Lösung. Fühle sich die gegenwärtige Regierung einer solchen Aufgabe nicht gewachsen, dann möge sie zurücktreten. Die bürgerlichen Parteien hätten dann freie Hand durch die Wahl einer starken Regierung, in der auch die Heimwehr den ihr gebührenden Einfluß bestie. Doffne man der Heimwehr kein Ventil, so könne die innere Spannung eines Tages zu einer Explosion führen. Der Zeiger stehe bereits auf 12 und die Parteien seien zum letzten Male gewarnt.

Amlich wird hierzu mitgeteilt, daß die bevorstehende Verlautbarung nicht als offizielle Kundgebung der Bundesführung der Selbstschutzverbände aufzufassen ist, sondern einem Leitartikel des Heimwehrorgans in Graz entstamme, der allerdings von einem dem dortigen Bundesführer nahestehenden Seite geschrieben sei. Immerhin wäre der Kundgebung nicht die Bedeutung beizumessen, die ihr anfänglich auch in amtlichen Kreisen gegeben worden sei.

Am Sonntag planen die Wiener Heimwehren auf dem Hofbräuhaus eine große Kundgebung, in deren Verlauf die Führer Steidle und Friemer nach den vorliegenden Mitteilungen programmatische Erklärungen abgeben werden.

Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt in ihrer heutigen Ausgabe zu dem Warnruf der Heimwehr:

„Das erste Wort gebührt eigentlich der Regierung, die Verfassungstreue gelobt hat und die der ausländischen Öffentlichkeit ihr Wort dafür verpfändet hat, daß die Staatsgewalt die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen willens sei. Hätte die Regierung den Mut, zu dem ihr Amt sie verpflichtet, dann würden noch heute Steidle und Friemer als Hochverräter verhaftet, die Heimwehren aufgelöst und die Aufmärsche als Vorbereitung zum Hochverrat verboten. Aber alles das wird nicht geschehen, wie wir die Herren kennen. Das Ultimatum der Heimwehren richtet sich an die bürgerlichen Parteien, die bisher ein zweideutiges Spiel getrieben haben. Jetzt müssen sie endlich Farbe bekennen.“

Die „Arbeiter-Zeitung“ wendet sich dann an die Arbeiter und an alle ehrlichen Republikaner:

„Vor allem ist Besonnenheit notwendig und Disziplin. Keinen voreiligen Schritt! Wir dürfen nicht schwanken und dürfen der Staatsgewalt nicht den Vorwand bieten, daß die Arbeiter den Kampf angefangen hätten. Gewehr bei Fuß, bis die Faschisten mit dem Angriff beginnen. Dann sollen sie uns kennen lernen. Wenn ein rechtswidriger Angriff auf die Verfassung gewagt wird — dann werden wir die Verfassung verteidigen. Wenn man uns angreift, gibt es einen Kampf auf Leben und Tod.“

Verhaftung von Kommunisten in Palästina.

J e r u s a l e m, 20. September. In Haifa überraschte die Polizei eine geheime Kommunistenversammlung. Sämtliche Teilnehmer an der Versammlung wurden verhaftet. Insgesamt wurden 25 Zwangsgestellungen vorgenommen. Bei der näheren Untersuchung des Versammlungslokales wurde eine Menge Kampfschriften gegen den Zionismus und gegen England gefunden.

England unterstützt den Beitritt des Irak zum Völkerbund.

Eine schöne Geste der Arbeiterregierung.

L o n d o n, 20. September. Die britische Regierung hat der Irak-Regierung mitgeteilt, daß sie den Antrag des Irak, auf Zulassung zum Völkerbund im Jahre 1932 unterstützen werde. Diese Ankündigung hat eine große Aenderung in der politischen Lage des Irak hervorgerufen und bei allen Parteien starkes Aufsehen verursacht. Abdul Muhsin hat sich daraufhin sofort bereit erklärt, ein neues Kabinett zu bilden, das als Finanzminister Nassin Pascha Hashimi, einen der Führer der nationalen Bewegung, vorsieht.

Das amtliche Pressebureau in Bagdad veröffentlicht hierzu folgende Einzelheiten: Besonders bemerkenswert sei, daß Großbritannien keinerlei Vorbehalte oder Klauseln bezüglich des Iraks zum Völkerbund stelle. Es sei natürlich notwendig, daß vor 1932 nunmehr ein Vertrag geschlossen werde, der die Beziehungen zwischen Großbritannien und dem Irak nach Zulassung zum Völkerbund festlege. Es dürfte voraussichtlich ein Vertragsentwurf vorbereitet werden, der sich im großen und ganzen auf die englisch-ägyptische Vertragsregelung stützen wird.

Der neue Ministerpräsident des Irak-Gebietes äußerte sich sehr zufriedenstellend über die jüngste Stellungnahme Großbritanniens. Das neue Angebot befriedige in jeder Weise die Erwartungen des irakischen Volkes. Er hoffe, daß ein freundlicher und verständlicher Geist der Kameradschaft zwischen den Behörden Großbritanniens und des Irak-Gebietes vorherrschen werde.

Besuch des belgischen Königs in Vercelli.

M a i l a n d, 20. September. Wie die Morgenblätter melden, ist König Albert von Belgien am Donnerstag nach Italien gefahren. Er wird sich bis Ende nächster Woche in Italien aufhalten und bei dieser Gelegenheit der italienischen Königsfamilie einen Besuch abstatten. Es verläutet, daß die Reise des Königs mit der schon so oft angekündigten, aber immer wieder demontierten Verlobung des belgischen Thronfolgers mit der italienischen Prinzessin Marie Jose in Zusammenhang stehe. Man nimmt an, daß die offizielle Verlobung innerhalb eines Monats und die Hochzeit im Februar 1930 stattfinden werden.

Aus Welt und Leben.

Ein Motorschiff untergegangen.

30 Passagiere ertrunken.

B e r l i n, 20. September. Das „8-Uhr-Abendblatt“ meldet aus Mexiko: Beim Untergang des amerikanischen Motorschiffes „Montgomery“ an der Küste der mexikanischen Provinz Jalisco sind 30 Passagiere ertrunken. Das Schiff wurde in der Nacht zum Donnerstag von einem schweren Sturm auf eine Klippe geschleudert und sank in kurzer Zeit.

Die Strafe für den blinden Passagier des „Zeppelin“.

F r i e d r i c h s h a s e n, 20. September. Der letzte blinde Passagier des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, der 18jährige Bäderlehrerling Boshke aus Lütgendortmund in Westfalen, der seiner Zeit von der Decke der Halle auf das Luftschiff herabgesprungen war und die Fahrt nach Laccaburi mitgemacht hatte, wurde vom Amtsgericht Lettman wegen Hausfriedensbruches zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde auf die Unterhofsstrafe angerechnet, in der sich der junge Mann nach der ungewollten Rückfahrt auf einem Dampfer in Hamburg befunden hat.

Gefahr der Berge.

M a i l a n d, 20. September. Aus Cavalese wird gemeldet, daß zwei Deutsche, der 23jährige Heinrich Radefski und der 22jährige Otto Monsteiner, während einer gefährlichen Besteigung der Latemer Gruppe in einen tiefen Abgrund stürzten. Das Seil, mit dem sie angebunden waren, verwickelte sich an einer Felsspitze, die Bergsteiger rutschten aus und schwebten 24 Stunden lang in der Luft. Den Bemühungen der Führer und anderer Bergsteiger gelang es nicht, die beiden zu befreien. Sie stürzten ab und blieben völlig zerschmettert liegen. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Große Abrüstungsdebatte in Genf.

Polen und Südslawien gegen den englischen Abrüstungsplan. — Redebuell Cotal — Graf Bernstorff. — Das Schicksal des englischen Antrages noch ungewiß.

Genf, 20. September. Die durch den Vorstoß Lord Robert Cecil's in der 3. Kommission der Völkerbundversammlung aufgerollte große Aussprache über die Abrüstungsfrage wurde nach den gestrigen Erklärungen der Großmächte heute weiter fortgesetzt.

Der Vertreter Norwegens wies ausdrücklich darauf hin, daß die große Frage der Abrüstung der ausgebildeten Reserven nach wie vor völlig ungelöst sei.

Der dänische Außenminister Munch erklärte, es wäre jetzt zwecklos, die Vorbereitende Abrüstungskommission noch einmal zusammentreten zu lassen. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat auch der Vertreter Schwedens. Auch er erklärte, es sei jetzt zwecklos, die Frage der ausgebildeten Reserven zu erörtern, da die großen Gegensätze in dieser Frage doch auf der Konferenz von neuem in aller Schärfe zutage treten würden.

Der Vertreter Ungarns, General Janczós, betonte, die ungarische Regierung werde es ablehnen, ein Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen, das nicht die ausgebildeten Reserven umfasse. Er unterstüzte uneingeschränkt den Vorschlag von Lord Robert Cecil.

Eine ähnliche Erklärung gab auch der österreichische Vertreter ab. In weitgehender Weise unterstützte dann der Vertreter Kanadas den englischen Standpunkt. Er erklärte, man müsse endlich den Mut und die Offenheit finden, in der Abrüstungsfrage Fortschritte zu erzielen, um zu einem praktischen Ergebnis zu gelangen.

Dagegen traten die Vertreter Polens und Südslawiens der englischen Auffassung scharf entgegen. Der polnische Vertreter richtete seinen Angriff in der Form ausschließlich gegen Deutschland und erklärte, Graf Bernstorff versuche ein zweideutiges Verfahren einzuschlagen. Er wolle die Minderheit, zu der er in der Abrüstungskommission gehöre, in eine Mehrheit des Abrüstungsausschusses der Vollversammlung verwandeln. Graf Bernstorff berufe sich auf die öffentliche Meinung seines Landes, man müsse jedoch die öffentliche Meinung der ganzen Welt berücksichtigen. Den Vorschlag Lord Robert Cecil's lehne die polnische Regierung ab.

Graf Bernstorff, der Vertreter Deutschlands in dem Abrüstungsausschuß der Völkerbundversammlung, erklärte ausdrücklich, er habe keineswegs, wie der Vertreter Polens behauptet, radikale Vorschläge gemacht, sondern lediglich den Vorschlag der englischen Regierung unterstützt. Die Ausführungen, die der Vertreter Polens an ihn gerichtet habe, waren wohl eigentlich an die Adresse des Vertreters von England gerichtet gewesen. Vielleicht habe aber der polnische Vertreter besondere Gründe gehabt, den Vertreter Deutschlands zu kritisieren. Er werde selbstverständlich alle Vorschläge unterstützen, die eine wahre Herabsetzung des gegenseitigen Rüstungsstandes zum Gegenstand haben. Die bisherigen Verhandlungen der Abrüstungskommission waren in keiner Weise befriedigend. Die Abrüstungskommission habe vier Jahre getagt und völlig versagt und es sei selbstverständlich, daß man auch denjenigen Staaten, die in der Vorbereitenden Abrüstungskommission nicht vertreten waren, während der Vollversammlung Gelegenheit gebe, zu den großen grundsätzlichen Fragen der Abrüstung Stellung zu nehmen. Die bevorstehende Weltabrüstungskonferenz, von der so viel gesprochen würde, könnte nach dem heutigen Stand der Dinge nur zu einem Stillstand der Rüstungen, nicht aber zu einer Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsmaßes der Rüstungen führen. Graf Bernstorff bemerkte sodann, er wäre durchaus bereit, gemeinsam mit dem Vertreter Polens eine Reise um die Welt anzutreten, um die Stellungnahme der öffentlichen Meinung in der Abrüstungsfrage festzustellen. Er fürchte jedoch, man werde auf den Mond gehen müssen, um ein Volk zu finden, das mit den bisherigen Arbeiten der Abrüstungskommission des Völkerbundes zufrieden sei.

Die allgemeine Aussprache über die grundsätzlichen sätzlichen Fragen der Abrüstung wird am Sonnabend noch weiter fortgesetzt werden. Der Standpunkt der englischen Regierung hat in der heutigen Verhandlung die Zustimmung einer großen Zahl von Staaten gefunden, jedoch zeichnet sich noch keine einheitliche Mehrheit ab, so daß das endgültige Schicksal des englischen Antrages heute noch nicht feststehen dürfte.

Genf, 20. September. Der wirtschaftspolitische Fragen bearbeitende Ausschuß des Völkerbundes nahm am Freitag einstimmig die von Dr. Breitscheid als Bericht-erstatte vorgelegte Entschließung an, die die Einberufung einer internationalen Tagung zur Annahme eines Zollwaffenstillstandes vorseht. Die weiteren Verhandlungen für die Senkung der europäischen Zolltarife soll nunmehr in folgende vier Stufen verlaufen:

1. Die Vollversammlung des Völkerbundes fordert unverzüglich durch den Generalsekretär sämtliche Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten bis zum 31. Dezember auf, mitzuteilen, ob sie bereit sind, an einer Tagung teilzunehmen, die einen Zollwaffenstillstand auszuarbeiten soll. Ein derartiges Abkommen soll vorsehen, daß sich die Regierungen während eines Zeitraumes von zwei bis drei Jahren verpflichten, ihre Schutzolltarife nicht weiter zu erhöhen, sowie keine neuen Schutzölle oder Einschränkungen des Handels zu schaffen. Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes wird beauftragt, unverzüglich einen Vorentwurf für den Waffenstillstand als Grundlage der Verhandlungen auszuarbeiten.

2. Der Völkerbund beschließt auf Grund der Mittei-

lungen der Regierungen über die endgültige Einberufung der Tagung, die möglichst Ende Januar 1930 stattfinden soll. Der Generalsekretär solle alle Maßnahmen treffen, um die Durchführung der Tagung zu sichern.

3. Die Vollversammlung empfiehlt, unverzüglich nach Abschluß des Zollwaffenstillstandes Verhandlungen über die endgültige Senkung der Zolltarifmaße aufzunehmen.

4. Die Einberufung einer weiteren diplomatischen Tagung, die von den im Laufe von zwei bis drei Jahren stattgefundenen Verhandlungen Kenntnis nimmt, sie prüft und vervollständigt. Zu dieser Tagung sollen sämtliche Staaten eingeladen werden.

Dieser Bericht, der ausdrücklich hervorhebt, daß eine gewisse Zahl von Staaten an der Zollfriedenskonferenz nicht teilnehmen wird, wurde vom Ausschuß angenommen. Er geht nunmehr an die Vollversammlung des Völkerbundes zur endgültigen Annahme. Die Einladungen an die Regierungen zu der Tagung sollen möglichst gleich nach Abschluß der Vollversammlung herausgehen.

Neuer Abrüstungsvorschlag.

Genf, 20. September. Der griechische Gesandte in Paris, Politis, hat sämtlichen Abordnungen einen neuen Vorschlag in der Abrüstungsfrage zugehen lassen. Der Vorschlag versucht die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung formell zu überbrücken, ob die von englischer und deutscher Seite vertretenen Forderungen auf grundsätzliche Erörterung der großen Streitfragen irgendwie Rechnung getragen wird und ob ein Zeitpunkt für den Zusammentritt der Vorbereitenden Abrüstungskommission genannt wird. Inhaltlich sagt die Entschließung überhaupt nichts. Die weiteren Arbeiten der Abrüstungskommission wird wiederum von den Ergebnissen der Seeabrüstungsverhandlungen abhängig gemacht.

Auf die lange Bank geschoben.

Genf, 20. September. Der ursprüngliche englische Antrag, den Völkerbund-Pakt mit dem Kellogg-Pakt in Übereinstimmung zu bringen und die Artikel des Völkerbund-Paktes, die die Möglichkeit eines Krieges offen lassen, in der Richtung des Kellogg-Paktes abzuändern, wurde im Rechtsausschuß des Völkerbundes dahin gestaltet, daß jetzt zunächst ein Sonderausschuß von elf Mitgliedern vom Rat eingesetzt werden soll, der einen besonderen Bericht darüber erstatten soll, welche Veränderungen an den einzelnen Artikeln des Völkerbund-Paktes notwendig sind, um ihn mit dem Kellogg-Pakt in Übereinstimmung zu bringen. Der Ausschuß wird im ersten Vierteljahr 1930 zusammentreten. Die endgültige Entscheidung soll die nächste Vollversammlung stellen.

Beschleunigtes Tempo im Völkerbund.

Genf, 20. September. Das Präsidium der Völkerbundversammlung hat am Freitag den dringenden Wunsch nach einem beschleunigten Abschluß der Konferenzarbeiten ausgesprochen. Dieser Wunsch ist den Vorsitzenden aller Ausschüsse übermittelt worden. Das Präsidium hat Vorbereitungen getroffen, um die Vollversammlung am nächsten Mittwoch gleichzeitig mit dem Rat abzuschließen. Am Sonnabend nachmittag findet eine neue Vollversammlung statt, in der die von den Ausschüssen angenommenen Berichte und Entschließungen genehmigt werden sollen.

Erweiterung der internationalen Bank.

Genf, 20. September. Der Antrag Dänemarks, Polens und Norwegens über die Einbeziehung der internationalen Bank in den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes unter Hinweis auf Artikel 24 der Satzungen, wurde am Freitag im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes erörtert. Der Antrag spricht den Wunsch aus, daß sofort Maßnahmen ergriffen werden, einen Zusammenhang zwischen der internationalen Bank und dem Völkerbund in der Richtung zu schaffen, der hierbei das allgemeine Interesse an den von der Bank behandelten Wirtschaftspragen berücksichtigt wird. Der Vertreter Norwegens, Raestad, begründete den Antrag. Er wies darauf hin, daß die internationale Bank entscheidend den Einfluß auf die gesamte Weltwirtschaft ausüben werde. Wenn ihre Tätigkeit von Erfolg gekrönt sei, so würde die Reparationsfrage bald in den Hintergrund treten und die allgemeinen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Bank, nämlich Erleichterungen des Kapitalverkehrs und des Handelsverkehrs, Ausgleich der Goldreserven und Stützung der Währung an Bedeutung gewinnen. Ein so weites Tätigkeitsfeld der internationalen Bank berühre aber unvermeidlich die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Völkerbundes. Die Gefahr eines Streitfalles sei nicht ausgeschlossen, insbesondere wenn die internationale Bank in einen Gegensatz zu der Finanzpolitik des Völkerbundes gerate. Die Rechtsgrundlage für die Schaffung eines Zusammenhanges zwischen internationaler Bank und Völkerbund bilde der Artikel 24 des Völkerbund-Paktes.

Der holländische Vertreter und Vorsitzende der Amsterdamer Bank, Helbring, unterstützte den Antrag, wünschte jedoch, daß der Hinweis auf den Art. 24 des Völkerbund-Paktes aus dem Antrag ausgeschlossen werde und die Völker sich lediglich auf die Neuerungen eines entsprechenden Wunsches beschränken sollten. Solange die internationale Bank die Verteilung der Reparationsleistungen vornehme, trüge sie lediglich die Interessen der sieben an der Reparationsfrage interessierten Mächte. Nach Abschluß dieser Frage beginne jedoch das allgemeine Interesse an der Tätigkeit der Bank. In dieser zweiten Etappe müsse erwogen werden, ob die leitenden Direktoren nur aus den Kreisen der an der Reparationsfrage interessierten Länder oder auch aus anderen Staaten zu wählen seien.

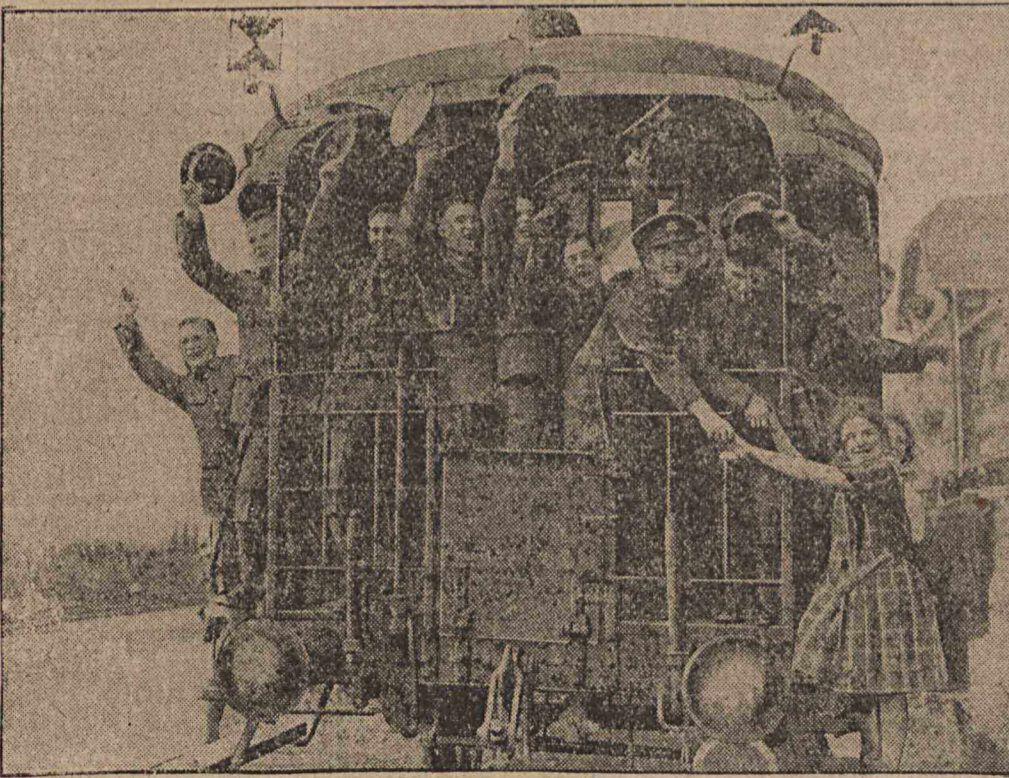
Dem Zollfrieden entgegen.

Genf, 20. September. Zu dem englisch-französischen Zollfriedensvorschlag ist am Freitag vom Redaktionsausschuß des zweiten Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes ein endgültiger Beschluß gefaßt worden, der jetzt nur noch der Zustimmung der Vollversammlung und der Vollversammlung bedarf. Danach sollen durch den Generalsekretär des Völkerbundes sämtliche Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten aufgefordert werden, unverzüglich ihre Stellungnahme zu dem Zollfriedensgedanken bekanntzugeben. Die eingehenden Antworten sollen sodann vom Völkerbundsrat unter Mitwirkung des Generalsekretariats genau geprüft werden. Die Einladungen zur Teilnahme an der für Ende Januar vorgesehenen internationalen Konferenz zum Abschluß des Zollfriedens soll jedoch nur an diejenigen Staaten ergehen, die sich grundsätzlich auf den Boden des Zollfriedensgedankens stellen.

Die Präsidentenwahl in Brasilien.

London, 20. September. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, hat der Nationalkongreß Julio Prestes und Vital Soares als Kandidaten für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft Brasiliens ernannt.

Good bye, Germany!



„Leb wohl, Deutschland!“

sagen die englischen Besatzungssoldaten von Königstein im Taunus, die als erste abzogen. Wir sind lange genug hier gewesen, wir haben das schöne Rheinland lieben gelernt, aber zu Hause ist es noch schöner. — Und Deutschland ist froh, daß sie so denken.

Tagesneuigkeiten.

Feinde der Arbeiterschaft.

In letzter Zeit wird die Frage der Konsolidierung der Berufsbewegungen, besonders die Schaffung großer Berufsverbände in den entsprechenden Industriezweigen auch unter der breiten Masse der Arbeiterschaft immer brennender und aktueller.

Zu Wirklichkeit besteht bei uns in Polen ja auch nur eine Art Arbeiterverbände. Das sind die Klassenverbände, die unter der Zentralkommission der Berufsverbände vereinigt und der großen Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam angegeschlossen sind.

Alle Meinen Sonderverbändchen wie die der Chadecja, der Kommunisten usw. haben nichts mit der Amsterdamer Internationale gemein und stellen für die Arbeiterbewegung der Welt gar keinen realen Wert dar.

Wenn heute Leute, wie Jaworowski und seine Mitläufer, die sich revolutionäre Sozialisten nennen wollen, eigene Arbeiterverbände gründen und unwissende Arbeiter übern, um gegen die Klassenverbände zu hetzen, so zeugt das von ganz gemeiner Niederträchtigkeit und ist der beste Beweis dafür, daß die Machenschaften mit den Forderungen und Ideen der Arbeiterinternationale und der Sozialistischen Internationale nichts gemein haben.

Die Nachricht herangezogen, daß diese Leute einen neuen Verband der Landarbeiter gründen wollten, um den bestehenden großen Landarbeiterverband zu zerschlagen und so den Großgrundbesitzern zu dienen.

„A. G. Der Unsichtbare“.

Von Edgar Wallace.

(32. Fortsetzung)

„Ich werde Ihnen die einzige Lösung sagen, die Ihnen übrigbleibt. Sie werden vernünftig und heiraten mich. Dieser verdammte Detektiv kann Ihnen doch nichts bedeuten. Er ist doch nur ein besserer Polizist. Sie müssen etwas auf sich halten! Es ist unter Ihrer Würde, mit einem solchen Menschen zu verkehren.“

Er ging um den Tisch herum und streckte ihr die Hände entgegen, aber sie hatte sich erhoben und drehte ihm den Rücken zu.

„Nun gut, schlafe erst noch einmal darüber und überlege dir alles, ich werde morgen wiederkommen. Du kannst Macleod nichts von dieser Geschichte erzählen, ohne ihm einzugestehen, daß dein Vater ein Betrüger ist, und das würde doch etwas zuviel für ihn sein.“

Er stand an der Tür und schaute noch einmal zurück. Als er sie schloß lächelte er und lächelnd wollte er die Gartentür öffnen. Aber in diesem Augenblick legte sich plötzlich eine große Hand auf seinen Mund und er wurde heftig zurückgezogen.

„Sie wagen es, hier zu drohen und sitzen selbst in der Patzschel? Erzählen Sie es doch Macleod! Er wird Ihre

Wohnung noch heute abend durchsuchen lassen! Wo haben Sie denn diese Wechsel her und was haben Sie sonst noch erwirbt?“

„Geben Sie mir die — Papiere zurück“, sagte Wilmot mit zitternder Stimme. Scottie grinst unangenehm.

„Gehen Sie doch hin und melden Sie die Sache der Polizei. Vielleicht kann die Ihnen die Papiere wieder beschaffen!“

Arthur Wilmot schlich sich nach Hause, er war wirklich keine Kampfnatur.

Vereinigungs-Parteitag der DSW.

Gemäß Beschluß der gemeinsamen Exekutive der deutschen sozialistischen Organisationen Polens (Kongresspolen, Oberschlesien, Teschener Schlesien) wird hiermit der

Vereinigungs-Parteitag für den 5. und 6. Oktober l. J. nach Łódz

einberufen. Die Beratungen werden am Sonntag, den 5. Oktober l. J., um 10 Uhr vormittags im Łódzker Stadtratssaal beginnen.

Die Exekutive hat folgende Tages-Ordnung festgesetzt:

- 1. Eröffnung des Parteitages.
2. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen.
3. Ansprachen der Gäste.
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission.
5. Geschäftsbericht der Bezirksvorstände.
6. Die Vereinigung.
7. Organisationsstatut und Programm.
8. Die politische Lage und die Aufgaben der DSW.
9. Wahlen.
10. Anträge.

Die Delegierten sind von den Ortsgruppen in der Weise zu wählen, daß auf die ersten 100 Mitglieder 1 Delegierter, auf jede weitere 150 Mitglieder ein weiterer Delegierter entfällt.

Die Exekutive.

„Sie haben alles gehört?“ fragte sie und trocknete ihre Augen.

„Das meiste“, gestand Scottie. „Ich stand gerade im Garten, als er mit Ihnen an der Haustür sprach. Die Tür blieb offen und ich konnte fast alles hören.“

„Gute Nacht — und noch vielen herzlichen Dank.“

„Träumen Sie etwas Schönes“, sagte Scottie und schaute nicht eher von seinem Buch auf, als bis sie gegangen war.

Dann nahm er sorgfältig die ganze Asche aus dem Kamin, trug sie in die Küche und mischte sie dort mit einem Glas Wasser. Dieses goß er aus, wusch das Glas wieder ab und trocknete es.

Wenn man nur seine Vergangenheit ebenso leicht abwaschen könnte, dachte Scottie.

„Die Stecknadel hätten Sie nicht mit verbrennen sollen.“ Scottie hob sie sorgfältig auf, so heiß sie auch war, und steckte sie unter seinen Rodaustschlag.

„Gute Nacht — und noch vielen herzlichen Dank.“

„Träumen Sie etwas Schönes“, sagte Scottie und schaute nicht eher von seinem Buch auf, als bis sie gegangen war.

Dann nahm er sorgfältig die ganze Asche aus dem Kamin, trug sie in die Küche und mischte sie dort mit einem Glas Wasser. Dieses goß er aus, wusch das Glas wieder ab und trocknete es.

Die Registrierung des Jahrganges 1911.

Uebermorgen, Montag, haben im Militärbureau, Petrikauer 212, zur Registrierung die im Jahre 1911 geborenen jungen Männer zu erscheinen, die im Bereiche des 3. Polizeikommissariats wohnen und deren Namen mit den Buchstaben S und Sz beginnen; aus dem 10. Polizeikommissariat dagegen diejenigen, deren Namen mit den Buchstaben A bis M einschließlich beginnen. (Wib)

Kontrollversammlungen.

Anfang Oktober beginnen die jährlichen Kontrollversammlungen, die bis Ende November dauern werden. In diesen Versammlungen werden die Reservisten und der Landsturm der Kat. A, C, D der Jahrgänge 1904 und 1989 berufen sowie die Reservisten der Kat. A des Jahrganges 1902, die im Jahre 1927 die militärischen Übungen nicht mitgemacht haben.

Abermalige Untersuchung der Gestellungspflichtigen bei der Einreichung.

Das Korpsbezirkskommando erhielt vom Kriegsministerium ein Rundschreiben, das sich auf die nahe bevorstehende Einreichung der Gestellungspflichtigen zum Militär bezieht. Das Ministerium erinnert in dem Rundschreiben daran, daß vor der Einreichung noch einmal eine eingehende ärztliche Untersuchung aller Gestellungspflichtigen vorgenommen werden soll.

Aus dem Stadtrat.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Andrzejak eine Sitzung der Finanzkommission des Stadtrates statt. Unter anderem wurde die Angelegenheit der Miete für die Lehrerwohnungen in den Städtischen Wohnhäusern, der Erhöhung der Kredite für die Unterstützungen an Kranke, die das Unterstützungsrecht in der Krankenkasse verloren haben, ferner die Reduzierung der im städtischen Budget für 1929/30 vorgesehenen Subventionen besprochen.

Vom Bau des Kosciuszko-Denkmal.

Da das Preisauschreiben für örtliche Unternehmen zur Velleidung des Denkmalssockels mit Kupferblech kein annehmbares Resultat zeitigte, hat der Magistrat ein neues Preisauschreiben, an dem auch auswärtige Firmen teilnehmen können, veröffentlicht. Der Entwerfer zur Ausführung der Arbeit wurde in diesem Zusammenhang um 10 Wochen verlängert.

Auszahlungen in fremder Valuta.

Das Wojewodschaftsamt erhielt gestern vom Finanzministerium ein Rundschreiben bezüglich der Auszahlung in fremden Valuten. In diesem Rundschreiben wird angeordnet, daß dem Finanzministerium unter Berücksichtigung der Zahlungstermine alle diejenigen größeren Auszahlungen an Personen und Firmen mitgeteilt werden, die das Geld in polnischer Valuta erhalten, bei denen aber bekannt ist oder die Vermutung besteht, daß sie das Geld sofort in fremde Valuta umtauschen, um es nach dem Auslande zu senden. (p)

Traumungen.

Heute um 5.30 Uhr abends findet in der St. Trinita-

(Fortsetzung folgt.)

Sport.

Fußball heute und morgen.

Sonnabend.

- L. R. S.-Platz. 15.30 Uhr: Hakoah — Burza.
- W. R. S.-Platz. 14 Uhr: Hasmona II — T. U. R. II.
- 16 Uhr: Hasmona — T. U. R.
- Wodna-Platz. 16 Uhr: Jednoczone — Slowacki.

Sonntag.

- Wodna-Platz. 11 Uhr: Widzew — Union.
- L. R. S.-Platz. 11 Uhr: Gentleman — Geyer.
- W. R. S.-Platz. 14 Uhr: Hakoah II — L. Sp. u.
- Tb. II. 16 Uhr: L. Sp. u. Tb. — Marymont.
- Widzewer Manufaktur-Platz (Koficinska 82): 13.30 Uhr: Widzewer Manufaktur — Hakoah I.
- Geyer-Platz. 14 Uhr: S. S. R. M. II — Geyer II.
- 16 Uhr: S. S. R. M. — Geyer.

Der Weltmeisterschaftskampf im Schach.

Daß der Kampf um die Weltmeisterschaft im Schach zwischen Dr. Aljehin und Bogoljubow äußerst scharf geführt wird, beweist die sehr geringe Anzahl der unentschiedenen Partien und der neue Sieg des bisherigen Weltmeisters Dr. Aljehin. Es wurden bisher sieben Partien gespielt, von denen Aljehin 3 gewann, 2 verlor und 2 unentschieden machte. Bekanntlich wird derjenige als Sieger anerkannt, der zuerst 6 Partien gewinnt.

Aus dem Reiche.

Furchtbares Flugzeugunglück.

Flugzeuge stießen in der Luft zusammen. Die kopflose Leiche des Piloten am Fallschirm.

Ein entsetzliches Flugzeugunglück hat sich gestern in der Nähe von Demblin ereignet. Unweit des Dorfes Niebrzegi am Ufer des Wieprz sind in sehr großer Höhe zwei Jagdflugzeuge, die mit noch anderen zu einem Übungsfluge aufgestiegen waren, zusammengestoßen. Beide Piloten der verunglückten Aeroplane hatten Fallschirme angelegt. Einer von ihnen ist bei dem Zusammenprall aus dem Flugzeug gesprungen, während der andere herausgeschleudert wurde, und zwar so unglücklich, daß er von den Verbindungsdrähten gelüpft wurde. Der kopflose Rumpf fiel langsam mit dem Fallschirm zur Erde, während man den Kopf am anderen Ufer des Flusses fand. Der andere Pilot ist ohne Schaden glücklich mit dem Fallschirm gelandet. Die Leiche des Verunglückten wurde nach Pulawy gebracht. Beide abgestürzten Flugzeuge sind vollkommen zerstört worden.

Unterstützt die Feuerwehr durch reichliche Opfer während der „Woche der Feuerwehr“!

Im Konstantynow. Sternschießen der Ortsgruppe der D. S. A. P. Die hiesige Ortsgruppe der D. S. A. P. veranstaltet am Sonntag, den 22. d. Mts., im Garten des Turnvereins sein diesjähriges Sternschießen. Das Fest ist gut vorbereitet und es ist eine große Anzahl schöner Gewinste in Aussicht gestellt. Jeder, der einen frohen Nachmittag unter Gleichgesinnten verbringen will, findet am Sonntag die beste Gelegenheit dazu. Gönner und Freunde der Partei können eingeführt werden.

Im — Pflasterung des Zufuhrweges zum städtischen Schlachthaus. Da das städtische Schlachthaus schon in Betrieb gesetzt wurde, stellte sich die Notwendigkeit des Baues einer Straße dorthin heraus. Da das Gelände sehr ungleich ist, mußte es vorher nivelliert werden. Die Pflasterungsarbeiten werden in den nächsten Tagen fertiggestellt sein. Besonders wird diese Investition von den hiesigen Fleischern begrüßt.

Im — Persönliches. Der Kassierer des hiesigen Magistrats Herr Jonański wurde als Leiter der hiesigen Abteilung der Krankenkasse ernannt.

Im — Eröffnung der Abendkurse. Im vorigen Jahre bestand hier aus Mitteln des Magistrats eine Abendkurse für diejenige schulentwachsene Jugend, die fünf Klassen der Volksschule beendet hat. Diesen Kursus mit dem Programm der sechsten Klasse der Volksschule beendeten zwanzig Schüler. In diesem Jahre soll für die Absolventen des vorigen Jahres und solcher Schüler, die sechs Abteilungen der Volksschule beendeten, ein Kursus mit dem Programm der siebenten Klasse eröffnet werden. Als Unterrichtsfächer kommen Polnische und Deutsche Sprache, Geschichte, Geographie, Naturkunde, Rechnen und Religion in Betracht. Der Unterricht findet in den Abendstunden, voraussichtlich von sechs einhalb bis zehn Uhr abends, mit Ausnahme des Sonnabends, statt und soll mit dem 1. Oktober beginnen. Die Jugend wird aufgefordert, sich in diesen Kursen zahlreich einzuschreiben.

Eine gesicherte Feuerwehr kann auch unser Hab und Gut und unser Leben sichern.

und sich die günstige Gelegenheit, ein Zeugnis der siebentklassigen Volksschule zu erwerben, nicht vorübergehen zu lassen.

Im — Von der deutschen Volksschule. Das Lehrpersonal der deutschen Volksschule blieb bis jetzt unverändert. Es wirken: Leiter H. Krafft, Frau B. Mann, G. Schütz, L. Gellert, B. Tichet. Die Zahl der Kinder ist bedeutend gestiegen und beträgt 259. Besonders zahlreich sind die untersten Klassen besetzt. Die erste Klasse hat 59 Kinder, die zweite 53, die dritte 54, die vierte 42, die fünfte 29, die sechste 12 und die siebente 9. Die letzten zwei Klassen sind zu einer Abteilung vereinigt. Um den Stand der Schule zu heben, ist die Lehrerschaft eifrig bemüht, neue Hilfsmittel anzuschaffen. So wurde in diesem Jahre aus eigenen Mitteln der Schule ein Reproduktionsapparat gekauft, um den Kindern Bilder aus der Geschichte, Geographie, Naturkunde, Märchen usw. vor Augen führen zu können. Mit Hilfe des Fonds des Magistrats wurde eine Serie Landkarten und naturwissenschaftlicher Bilder gekauft. Auch wird das Inventar einer gründlichen Renovierung unterzogen. Bei diesen Verhältnissen sind natürlich gute Erfolge in der Bildung und Erziehung der Kinder zu erwarten. Die Elternschaft wird diese Bemühungen der Lehrer zu würdigen verstehen und ihnen jederzeit Unterstützung angedeihen lassen.

Im — Babianice. Der Name des geheimnisvollen Toten festgestellt. Gestern berichteten wir, daß in dem Dorfe Stare Gacki die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden wurde. Da bei dem Toten keinerlei Papiere gefunden wurden, hatte die Polizei bei der Feststellung des Namens eine schwierige Aufgabe. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, war der Unbekannte infolge Herzschlages gestorben. Gestern konnte die Polizei auch den Namen in Erfahrung bringen. Es handelt sich um den Gutsherrn von Gohgow, Gen. Kruszew, Komocki, den

Bruder des ehem. Verkehrsministers. Die Leiche wurde der Familie ausgefolgt. (p)

Im — Petrikau. Großer Diebstahl. In der gestrigen Nacht unternahm bisher nicht ermittelte Täter einen Einbruch in die Kooperative „Praca“ in der Slowackiego 35. Sie drangen in das Lokal ein, nachdem sie die vor der Tür befindliche Eisenstange durchsägt hatten. Dann stahler

Helft unserer Feuerwehr!

sie verschiedene Sachen im Werte von 10 000 Zloty. Die sofort aufgenommene Verfolgung zeitigte bisher kein Resultat. (p)

Im — Warschau. Unfall auf der Bühne. Während der Aufführung des Stüdes „Der Prozeß der Mary Dougan“ im Sommertheater warf der Schauspieler Barnecki im 3. Akt so unglücklich mit einem Dolch nach seinem Partner Lenczewski, daß er ihn an der Schläfe traf und arg verwundete. Lenczewski spielte seine Rolle trotz der Verletzung zu Ende, mußte aber dann von seinen Kollegen von der Bühne getragen werden, da er durch Blutverlust sehr geschwächt war.

Im — Krakau. Tragische Folgen einer Probefahrt. In Wieliczka ereignete sich dieser Tage ein furchtbarer Unglücksfall. Einige Feuerwehrleute haben mit einem neuen Wehrgewagen eine Probefahrt unternommen, wobei der Wagen ins Schleudern kam und in den Straßengraben stürzte. Der Feuerwehrmann Jan Wojtowicz wurde auf der Stelle getötet, während die anderen schwerverletzt wurden. Das Auto ist vollständig zertrümmert.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Um die Mitglieder über die Bedeutung des am 5. und 6. Oktober 1929 in Lodz stattfindenden Vereinigungsparteitages aller drei Bezirke der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens zu unterrichten, finden in den nächsten Tagen in allen Ortsgruppen des Bezirks Kongresspfoten

Mitgliederversammlungen

statt, in welchen Vertreter des Hauptvorstandes Referate über dieses gerade für die deutsche werktätige Bevölkerung Polens so bedeutungsvolle Ereignis halten werden. In diesen Versammlungen wird auch die Wahl der Delegierten zum Vereinigungsparteitag vorgenommen.

Die Versammlungen in den Ortsgruppen finden nach folgendem Plane statt:

Sonnabend, den 21. September, 7 Uhr abends:

- Alexandrow im Parteilokal, Bierzbinsta 15;
- Zgierz im Parteilokal, 3. Maja 32;
- Nowo-Flotno, im Parteilokal, Chyganka 14;
- Ruda-Babianicka im Parteilokal, Rynkowa 5;
- Konstantynow im Parteilokal;

Dienstag, den 24. September, 7 Uhr abends:

- Babianice, im Parteilokal, Kosciuszki 28;

Mittwoch, den 25. September, 7.30 Uhr abends:

- Frauenorganisation der D. S. A. P., im Parteilokal, Petrikauer 109;

Sonntag, den 22. September, 10 Uhr vormittags:

- Lodz-Nord, im Parteilokal, Rajtera 13;
- Chojny im Parteilokal, Ryszka 36;
- Zbunsta-Wola im Freisitz.

Sonnabend, den 28. September, 7.30 Uhr abends:

- Lodz-Zentrum, im Parteilokal, Petrikauer 109;
- Lodz-Süd, im Parteilokal, Bednarska 10;
- Tomaszow im Parteilokal, Mla 27;

Sonntag, den 29. September, 3 Uhr nachm.:

- Dzorkow ul. Hajoncza 307;
- Ludwikow.

Mitglieder der D. S. A. P.! Erscheint zahlreich zu den Versammlungen!

LEONHARDT'SCHE STOFFE
GROSSE AUSWAHL — SEHR MÄSSIGE PREISE
G. E. RESTEL, Petrikauer 84 Tel. 21-67

Deutsche Sozial. Arbeitspartei Polens.

Lodz-Zentrum. Achtung, Vertrauensmänner! Am 21. September um 7 Uhr abends findet eine ordentliche Sitzung der Vertrauensmänner statt. Am pünktlichen und vollständigen Erscheinen bittet der Obmann.

Lodz-Ost. Mitgliederversammlung. Montag, den 23. d. M., um 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Nowo-Targoma 31, eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Protokollberlesung, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Bericht der Revisionskommission, 4. Wahl der Delegierten für den Parteitag.

Lodz-Süd. Achtung Vertrauensmänner! Montag, den 23. d. M., um 7 Uhr abends, findet eine außerordentliche Vertrauensmänneritzung statt. Am pünktlichen und vollständigen Erscheinen bittet der Obmann.

Lodz-Nord. Vorstandssitzung. Sonnabend, den 21. d. Mts., 7 Uhr abends, findet im eigenen Lokale die ordentliche Vorstandssitzung statt. Am pünktlichen und vollständigen Erscheinen wird ersucht.

Ortsgruppe Nowo-Flotno. Hiermit wird bekanntgegeben, daß am Sonnabend, den 21. September d. J., um 6.30 Uhr abends, im Parteilokal, Chyganka 14, eine Mitgliederversammlung stattfindet. Teilnehmen wird der Bizevorsitzende des Lodzer Stadtrats, Gen. Klim. Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird ersucht.

Ortsgruppe Zgierz. Mitgliederversammlung. Hiermit wird bekanntgegeben, daß am Sonnabend, den 21. d. M., um 6 Uhr abends, im eigenen Lokale, eine Mitgliederversammlung unter Teilnahme des Beirats der Ortsgruppe, Gen. Seidler, stattfindet, zu der um vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ersucht wird.

Deutscher Sozial. Jugendbund Polens.

Lodz-Zentrum. Die „Roten Falken“ der Ortsgruppe Lodz-Zentrum wandern Sonntag, früh 7.30 Uhr, vom Jugendheim, Petrikauerstraße 109, nach Ruda-Babianicka, Rynkowa 5.

Ortsgruppe Zbunsta-Wola. Sonntag, den 22. September 1929, veranstaltet die Ortsgruppe Zbunsta-Wola ein Radrennen auf 20 und 50 Kilometer. Alle Radlerktionen und einzelne Mitglieder, die diesen Sport betreiben, sind freundlichst eingeladen. Die Teilnehmer können schon Sonnabend nach Zbunsta-Wola kommen, da für Nachtlager gesorgt ist.

Unsere Feuerwehr steht an der Spitze aller polnischen Wehren!

